



Fragen  
zur Bundestagswahl 2021

**2**

**Atomare Bedrohung / Rüstungs- und Abrüstungspolitik/  
Sicherheits- und Friedenspolitik**

„Halterner Forum  
für Demokratie, Respekt und Vielfalt“

## 2.1 Atomare Bedrohung

- Weltweit besitzen 9 Staaten insgesamt 13.400 Atomwaffen mit der Sprengkraft von 160.000 Hiroshima-Bomben, darunter auch über 500 Atomsprengköpfe in den 2 europäischen Atommächten Frankreich und England (aktuell will England eine neue Obergrenze für Atomsprengköpfe zwecks Ausbaus des Atomwaffenarsenals). Pro Minute werden fast 139.000 Dollar für Atomwaffen weltweit ausgegeben.
- In Deutschland im Fliegerhorst Büchel lagern ca. 20 Atomsprengköpfe der USA, die gerade erneuert werden und für deren Transport geeignete Flugzeuge der Bundeswehr neu angeschafft werden. Der gemeinsame Bundestagsbeschluss aller Fraktionen vom März 2010, sich bei der NATO und in den USA für deren Abzug nachdrücklich einzusetzen, wurde nicht umgesetzt. Deutschland beharrt innerhalb der NATO auf atomare Teilhabe und hat den aktuellen UN-Atomwaffenverbotsvertrag nicht unterzeichnet.
- Die Stadt Haltern am See hat sich der weltweiten Initiative angeschlossen: „Bürgermeister gegen Atomwaffen“ und per Ratsbeschluss den Beitritt Deutschlands zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag gefordert.

### **Fragen zu 1):**

**Wie werden Sie und Ihre Partei sich für den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland und den Verzicht auf die „atomare Teilhabe“ einsetzen (im Sinne des fraktionsübergreifenden Bundestagsbeschlusses von 2010) und die Öffentlichkeit an der Diskussion beteiligen?**

**Und werden Sie sich für die Ratifizierung des UN-Atomwaffenverbotsvertrages und für ein weltweites Verbot aller Atomwaffen politisch engagieren, (wie bereits 2009 in einer gemeinsamen überparteilichen Erklärung von Helmut Schmidt, Richard von Weizsäcker, Hans-Dietrich Genscher und Egon Bahr von Deutschland gefordert)?**

## 2.2 Rüstungs- und Abrüstungspolitik

- Das Rüstungsniveau ist weltweit auf weit über 1.900 Milliarden Dollar (1.900.000.000. \$ = fast 2 Billion \$) angestiegen, gegenüber nur 8 Mrd. Dollar für das Welternährungsprogramm. Pro Kopf der Weltbevölkerung werden somit 241 US-Dollar für Militär und Rüstung ausgegeben, das sind 170 mal mehr als für die Welthungerhilfe. Allein die USA geben mit 738 Mrd. Dollar zwölfmal so viel für Rüstung und Militär aus wie Russland (60,6 Mrd. \$) und viermal so viel wie China (193,3 Mrd. \$). Die Militärausgaben der 29 NATO-Staaten liegen bei 1.035 Mrd. \$. Die weltweite Hochrüstung dient längst nicht mehr der Sicherheit, sondern schafft neue Unsicherheit und Kriegsgefahren, wie 29 Kriege und bewaffnete Konflikte in 2020 zeigten
- Deutschland soll und will seinen Militäretat auf 85 Mrd. Dollar steigern (2%-Ziel) und hatte schon in den Vorjahren mit 10% die höchste Steigerungsrate unter den 15 größten Rüstungsnationen. Aktuell wird auch über den Einsatz bewaffneter Drohnen der Bundeswehr diskutiert sowie über den Aufbau einer eigenen europäischen Armee mit zusätzlichem Verteidigungshaushalt. Demgegenüber heißt es im Koalitionsvertrag: „Wir bleiben dem Frieden verpflichtet: Gerechte Gestaltung der Globalisierung. Nachhaltige Entwicklungspolitik. Mehr internationale Zusammenarbeit und Bekenntnis zur Abrüstung. Weitere Einschränkung von Rüstungsexporten:“
- Mit mehr als 1 Dtzd. Auslandseinsätzen weltweit auf drei Kontinenten und zwei Weltmeeren dient die Bundeswehr längst nicht mehr nur der Landesverteidigung, sondern Deutschland will eine stärkere militärische Rolle in allen Konflikt- und

Krisenregionen übernehmen und hat aktuell eine Fregatte sogar ins südchinesische Meer entsendet, auch zur Sicherung der wirtschaftlichen Handelswege für die Exportnation Deutschland.

- Deutschland ist weltweit der viertgrößte Waffenexporteur, nach USA, Russland und Frankreich, noch vor China, die sich den weltweiten Waffenmarkt zu 76% aufteilen.. Entgegen dem weltweiten Trend erhöhten die deutschen Rüstungskonzerne die Ausfuhr von Waffen und Kriegsgeräten in den letzten Jahren um 21% (gegenüber nur +15% der USA) und exportierten in 2020 für über 1 Mrd. € Kriegswaffen ins Ausland, eine Steigerung um 40% gegenüber dem Vorjahr. Trotz der restriktiveren Rüstungsexportrichtlinien werden wegen permanenter Verstöße gegen die Regeln auch Waffen in Kriegs- und Krisenländern trotz Menschenrechtsverletzungen exportiert - entgegen der Aussage im Koalitionsvertrag: „Keine Rüstungsexporte in Krisengebiete“.

**Fragen zu 2):**

**Ist in Ihrem Wahlprogramm das Ziel enthalten, statt noch weiter aufzurüsten eine energische Abrüstungs-Initiative politisch zu starten und die expansive deutsche Rüstungsproduktion einzuschränken? Werden Sie mit Ihrer Partei vor allem Waffen- und Rüstungsexporte in Kriegs- und Krisenländer sowie bei Menschenrechtsverstößen konsequent unterbinden – und wie soll dieses Ziel konkret umgesetzt werden?**

**Wie ist Ihre politische Haltung zu den erweiterten Auslandseinsätzen der Bundeswehr in allen Konflikt- und Weltregionen (einschließlich Südpazifik) sowie auch zur militärischen Sicherung der Rohstoffe und Handelswege aus Wirtschaftsinteressen?**

**Und wie stehen Sie persönlich zur Aufstockung des deutschen Verteidigungsetats auf 2% des BIP (= 85 Mrd. €) sowie zum parallelen Aufbau einer europäischen Armee (mit einem eigenen Anfangsetat von 5 Mrd. €, aus dem ohne Parlamentsbeteiligung bereits Rüstungsexporte finanziert werden)?**

## **2.3 Sicherheits- und Friedenspolitik**

- Derzeit ist das Thema Abrüstungs- und Entspannungspolitik nicht mehr auf der politischen Agenda in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik, entgegen den eindeutigen Wünschen und Forderungen einer großen Bevölkerungsmehrheit laut allen Umfragen. Das Verhältnis zu Russland und die Spannungen und Bedrohungen übertreffen mittlerweile sogar die Zeiten des „kalten Krieges“. Eine Strategie zur Überwindung der Konfliktspirale ist nicht erkennbar, auch keine neue Verständigung mit Russland.
- Sicherheitspolitik wird politisch fast ausschließlich in militärischen Kategorien definiert und beschränkt sich auf die Außenbeziehungen unter geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen und Konkurrenzsituationen (unter nationalen und kontinentalen Eigeninteressen). Eine ganzheitliche Sicht unter Einbezug fairen Handels, Entwicklungspolitik, Partnerschaft und des Völkerrechtes und Interessenausgleichs kommt zu kurz. Ein von der Zivilgesellschaft getragenes Szenario "Sicherheit neu denken: Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik" wird bislang politisch nicht aufgegriffen.
- Der zweite bundesweite Bürgerrat hat zur Deutschlands Rolle in der Welt aktuell folgendes erarbeitet: „Deutschlands Rolle in der Welt sehen wir zukünftig als faire Partnerin und Vermittlerin, die gemeinschaftlich mit anderen, insbesondere mit der EU, eine Welt gestaltet, in der auch zukünftige Generationen selbstbestimmt und gut leben

können. Dazu setzen wir uns global für Nachhaltigkeit, Klimaschutz und die Wahrung der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Frieden und Sicherheit ein. (...) Deutschland soll zwischen Russland und den USA eine vermittelnde und friedensstiftende Rolle einnehmen.“

**Fragen zu 3):**

**Welche Vorstellungen und Konzepte haben Sie und Ihre Partei von der künftigen Sicherheits- und Friedenspolitik sowie Außen- und Entspannungspolitik, die über die Verteidigungspolitischen d.h. militärischen und wirtschaftlichen Kategorien und geopolitischen Eigeninteressen hinausweisen?**

**Und wie will ihre Partei einer weiteren Militarisierung der Außenpolitik entgegenwirken und dabei die Zivilgesellschaft und die Friedensbewegung mit einbeziehen, um friedensethischen Fragen und Konzepten mehr Beachtung zu geben?**



„Halbturner Forum für Demokratie, Respekt und Vielfalt“ 2021